

# Wer Roma hilft, wird bestraft

**SERBIEN** Gesetz soll verhindern, dass Roma in den Westen fliehen

VON NORBERT MAPPE-SNIEDIEK

Wer einem Mitbürger hilft, das Land zu verlassen und im Ausland Asyl zu suchen, kommt ins Gefängnis. Nicht Nordkorea will das per Gesetz verordnen, sondern der EU-Beitrittskandidat Serbien. Und kein Diktator steckt dahinter, sondern die Europäische Union selbst. Der Schluss klingt polemisch, ist aber logisch. Ein elegant gesponnenes Netz sorgt dafür, dass von der Roma-Minderheit in den südosteuropäischen Beitrittsländern kaum jemand mehr nach Westen reisen wird.

Mit einem neuen Paragraphen im Strafrecht will die proeuropäische Regierung in Belgrad Deutschland, Belgien und Schweden gefallen und verhindern, dass serbische Staatsbürger „mit der falschen Be-

Fast alle Asylbewerber waren Roma aus Elendsquartieren in Belgrad oder Skopje

hauptung“ dort einreisen, „ihre Menschenrechte und -freiheiten seien gefährdet“. Verboten sein soll nicht der Asylantrag selbst, sondern der Transport ins Ausland. Gefängnis zwischen drei Monaten und drei Jahren droht damit vor allem Busunternehmern und Reisebüroleitern. Sie müssen sicherstellen, dass unter ihren Kunden niemand nach der Ankunft in Köln oder Lüttich Asyl verlangt. Die Konsequenz: Kein Busfahrer wagt es mehr, Roma ein Ticket zu verkaufen.

aus:

Kölner Stadt-  
Anzeiger vom  
17./18. März 2012

Seitdem 2009 und 2010 für fast alle Balkanländer die Visumpflicht aufgehoben wurde, stiegen in Belgien, Luxemburg, Deutschland und Schweden die Asylbewerberzahlen aus Serbien und Mazedonien. Fast alle waren Roma aus Elendsquartieren in Belgrad oder Skopje. Sie wurden weder politisch verfolgt, noch erwarteten sie die Anerkennung als Asylanten. Die 60 oder 70 Euro für eine Busfahrkarte lohnen sich trotzdem, da das Verfahren Monate dauert. Einfach abweisen können die westlichen Staaten die Reisenden nicht. Die Ausreise aus Serbien ist durch die Europäische Menschenrechtskonvention gesichert.

Die Reisebuslinien sollen nun ihre Passagiere auswählen. Am Schalter eines Busunternehmens gibt es dafür oft nur ein Kriterium: das Aussehen. Dass ein Busunternehmer für die Mitnahme von Roma ins Gefängnis muss, halten Kritiker der Regelung für unwahrscheinlich. Die Drohung im Paragraphen, den Bus zu konfiszieren, wirkt trotzdem. Bis zu 600 000 Roma in Serbien und Mazedonien büßen ihre Reisefreiheit ein.

Ärger haben Roma-Reisende schon jetzt an der Grenze: Auf westlichen Druck haben Serbien und Mazedonien Ausreisekontrollen eingeführt. Wer schon einmal als „Asylbetrüger“ aufgefallen ist, riskiert in Mazedonien nach einem neuen Gesetz sogar, den Pass abgenommen zu kriegen.

„Es kann doch nicht der Herkunftsstaat darüber entscheiden, ob jemand zu Recht im Ausland Asyl sucht“, empört sich die Belgrader Menschenrechtlerin Jovana Vukovic. Die böse Ironie: Gerade die EU hatte darauf gedrungen, dass das Land seinen Bürgern Reisedokumente gibt.